

2910/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.10.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Kräuter
und GenossInnen
an den Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen
betreffend skandalöse Inseratenkampagne mit Steuergeldern

Die Inserate des Sozialministeriums, in denen die Ambulanzgebühren "beworben" werden, sind ein riesiger Skandal. Es war noch nie da, dass ein Minister mit Steuergeldern - in der Höhe von etwa 900.000 ATS - Unwahrheiten verbreitet und eine wahlkampfähnliche Auseinandersetzung auf Ministeriumskosten führt.

Diese skandalöse Inseratenkampagne wurde offensichtlich durch eine FPÖ nahe Werbeagentur, des ehemaligen FPÖ - Geschäftsführers Gernot Rumpold, gestaltet.

In der **Meldung Nr.374 APA II vom 2001 - 10 - 04 13:26:01** bestätigte dies der Sprecher von Sozialminister Herbert Haupt (F), Gerald Grosz, gegenüber der APA:

Zitat: *Die Erstellung des Inserats habe weniger als 10.000 S gekostet, die Vergabe sei nach einer Ausschreibung erfolgt. Grosz bestätigte, dass hinter "MCA" Media Connection Austria, die Agentur Gernot Rumpolds, stehe. Zitat Ende.*

Weiters gab der Sprecher von Sozialminister Herbert Haupt (F), Gerald Grosz, gegenüber der APA an:

Zitat: *Die Inseratenschaltung sei notwendig geworden, um eine Antwort auf die **Verunsicherungspolitik der SPÖ**, aber auch des ehemaligen Präsidenten des Hauptverbands Hans Sallmutter **entgegen zu wirken**. Zitat Ende*

Diese Aussagen belegen eindeutig, dass Sozialminister Haupt eine parteipolitische Auseinandersetzung mit der SPÖ führt, die mit Steuergeldern finanziert wird.

Die Frau Vizekanzler hat schon in der Pressestunde vom 22. Oktober 2000 den unabgestimmten millionenschweren Persönlichkeitswerbefeldzug der Frau Sickl als einen der Gründe angeführt, dass Frau Sickl abgelöst wurde. Nun hat ihr Nachfolger - Bundesminister Mag. Herbert Haupt - diese skandalöse Inseratenkampagne, in den Abendausgaben, vom 3. Oktober dJ, der Kronen Zeitung und des Kurier und in den Morgenausgaben, vom 4. Oktober dJ, der Kronen Zeitung, des Kurier und der Kleinen Zeitung, in Auftrag gegeben.

Offensichtlich hat der FPÖ Minister Haupt aus den Fehlern seiner Amtsvorgängerin nichts gelernt und benutzt wieder Steuergelder, um eine skandalöse parteipolitische Inseratenkampagne zu finanzieren.

In dem skandalösen parteipolitischen Inserat werden Unwahrheiten transportiert:

Die Feststellung, die Ambulanzgebühr ist sozial gerecht, da sozial Schwache ausgenommen sind, ist unwahr:

- Menschen mit Behinderungen, wie zum Beispiel Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte, sind nicht von der Ambulanzgebühr befreit, obwohl Arztpraxen nicht barrierefrei sind, Ambulanzen aber schon.
- Gehörlose sind nicht von der Ambulanzgebühr befreit, obwohl es Spezialambulanzen gibt.
- Chronisch Kranke sind nicht von der Ambulanzgebühr befreit, obwohl es Spezialambulanzen gibt (z.B für Multiple Sklerose, Zöliakie, Diabetes etc.).
- Eine schwangere Frau, die sich den Fuß bricht zahlt in der Ambulanz 250,- ATS, weil sie ja kein Notfall ist. Ein Politiker oder ein Beamter zahlt für den selben Fall nur 80,- ATS pro Ambulanzbesuch. Ein Gewerbetreibender zahlt für den selben Fall nur maximal 250,- ATS pro Quartal und Spital, egal wie oft er in die Ambulanz geht.
- Wenn am Wochenende und in der Nacht kein niedergelassener Arzt erreichbar ist und nur die Spitalsambulanz offen hat, sind trotzdem 250,- ATS pro Besuch der Ambulanz zu bezahlen.

Die Feststellung, dass Notfälle generell von der Ambulanzgebühr nicht betroffen sind, ist unwahr:

- Sie sind nur dann befreit, wenn unmittelbar eine stationäre Aufnahme erfolgt.
- Die Nachbehandlungen von Notfällen in den Ambulanzen sind selbstverständlich kostenpflichtig.

Die Feststellung, dass die Ambulanzgebühr die Ambulanzen entlasten, ist unwahr:

- Im Gegenteil, in großen Wiener Krankenhäusern sind die Ambulanzbesuche gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen.
- Rund 72 Prozent der Menschen werden vom Arzt in die Ambulanz überwiesen.

Die Ambulanzgebühr hat die von der Regierung vorgegebenen Ziele nicht erreicht: Weder erfolgt eine Lenkung der Patienten zum niedergelassenen Bereich, noch werden die Ambulanzen entlastet. Tausende Menschen haben sich über diese unsoziale Maßnahme der Regierung beschwert und obwohl das skandalöse Inserat auf der Seite 3 des Kurier geschaltet war, konnte man auf der Titelseite lesen:

Zitat: **Schönreden**

Die Zwischenbilanz ist unbestritten verheerend: Weniger geworden sind die Ambulanzbesuche nicht, gebracht hat die neue Gebühr ein Drittel der erwarteten Einnahmen. Und davon geht noch fast ein Drittel für die Zettelverwaltung drauf.

Für die kranken Kassen ist die Ambulanzgebühr ein finanzieller Flop, für Patienten ein allgemeines Ärgernis. Die Wiener Gebietskrankenkasse registrierte täglich Tausende Protestanrufe, nachdem sie an rund 47.000 Patienten den Zahlungsbefehl verschickt hatte. Beinahe drei Viertel davon waren von ihren Hausärzten an Ambulatorien überwiesen worden - und revoltieren, dass sie nun für die Diagnosesicherheit extra zahlen müssen.

Für Kassenchef Franz Bittner ist die Ambulanzgebühr ein Unding, das ganz rasch abgeschafft gehört.

Nein, die Ambulanzgebühr bleibt. Sie ist eine ausgewogene, sozial verträgliche und richtige gesundheitspolitische Weichenstellung, sagt Herbert Haupt. Die Fähigkeit des Gesundheitsministers, sich die Wirklichkeit schönzureden, ist bewundernswert - FFW
Zitat Ende.

Nachdem der Sprecher von Sozialminister Herbert Haupt (F), Gerald Grosz, gegenüber der APA in der **Meldung Nr.374 APA II vom 2001 - 10 - 04 13:26:01** schon feststellte:
Zitat: *Im Übrigen werde der Minister auf eine allfällige parlamentarische Anfrage in aller Ausführlichkeit Rede und Antwort stehen, warum diese Information der Bevölkerung notwendig geworden sei.* Zitat Ende

Daher geben die unterzeichneten Abgeordneten dem Minister diese Gelegenheit und stellen daher an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen nachfolgende

ANFRAGE:

1. Haben Sie selbst diese skandalöse, parteipolitische Inseratenkampagne, die Sie mit Steuergeldern finanzieren, in Auftrag gegeben?
2. Wann ist die Ausschreibung für die Erstellung der Inserate - wie Ihr Sprecher Grosz behauptete - erfolgt?
3. Wer hat sich an dieser Ausschreibung beteiligt?
4. Wo wurde diese Ausschreibung bekannt gemacht?
5. Wann und warum wurde die Gestaltung der Inserate an die "MCA" Media Connection Austria, an die Agentur des ehemaligen FPÖ Bundesgeschäftsführers Gernot Rumpold, vergeben?

6. Wer hat den Auftrag vergeben?
7. Wie hoch waren die Kosten für diese Leistung?
8. Wie hoch waren die Inseratenkosten:
 - a) in der Abendausgabe der Kronen Zeitung?
 - b) in der Morgenausgabe der Kronen Zeitung?
 - c) in der Abendausgabe des Kurier?
 - d) in der Morgenausgabe des Kurier?
 - e) in der Kleinen Zeitung?
9. Haben Sie mit den MinisterkollegInnen vor der Schaltung der skandalösen Inseratenkampagne Kontakt aufgenommen?
 - a) Wenn nein, warum schreiben Sie dann „Die Alternative der österreichischen Bundesregierung“, und „Die Bundesregierung für ein sozial gerechtes Österreich!“?
10. Finden Sie es sozial gerecht, wenn Menschen mit Behinderungen, wie zum Beispiel Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte, nicht von der Ambulanzgebühr befreit sind, obwohl Arztpraxen nicht barrierefrei sind, Ambulanzen aber schon?
11. Finden Sie es sozial gerecht, wenn gehörlose Menschen nicht von der Ambulanzgebühr befreit sind, obwohl es Spezialambulanzen gibt?
12. Finden Sie es sozial gerecht, wenn chronisch Kranke wie z.B. Diabetes Kranke (obwohl es Spezialambulanzen gibt) ebenso wie Multiple Sklerose Kranke, Zöliakie Kranke etc.. nicht von der Ambulanzgebühr befreit sind?
13. Finden Sie es sozial gerecht, wenn eine schwangere Frau, die sich den Fuß bricht in der Ambulanz 250,- ATS zahlt, weil sie ja kein Notfall ist, aber ein Politiker oder ein Beamter für den selben Fall nur 80,- ATS pro Ambulanzbesuch zahlt oder ein Gewerbetreibender für den selben Fall nur maximal 250,- ATS pro Quartal und Spital, egal wie oft er in die Ambulanz geht, zahlt?
14. Finden Sie es sozial gerecht, wenn am Wochenende und in der Nacht kein niedergelassener Arzt erreichbar ist und nur die Spitalsambulanz offen hat, trotzdem pro Besuch der Ambulanz 250,- ATS zu bezahlen sind?
15. Sind Notfälle generell von der Ambulanzgebühr ausgenommen oder nicht?
 - a) Wenn nicht, wie können Sie behaupten, dass diese Maßnahme sozial gerecht ist?
16. Ist die Nachbehandlung von Notfällen in den Ambulanzen kostenpflichtig?